

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 986 846 pppn d

Inhalt

Michael Müller MdB zum
Börsenkrach: Das Ende der
konservativen Revolution.
Seite 1

Doris Odendahl MdB zu
den Ergebnissen sozialde-
mokratischer Bildungspoli-
tik: Nobelpreis ohne Elite-
förderung.
Seite 3

Hans-Günther Toetemeyer
MdB zum 70. Geburtstag
von Oliver T. Tambo: Ein
Leben im Kampf gegen die
Apartheid.
Seite 4

Dokumentation
Erstmals in der Bundesre-
publik wurde jetzt eine
Schule nach dem ermorde-
ten schwedischen Minister-
präsidenten Olof Palme be-
nannt. Wir dokumentieren
in Auszügen die Rede, die
der NRW-Kultusminister
Hans Schwier aus diesem
Anlaß gehalten hat.
Seite 5

42. Jahrgang / 205

27. Oktober 1987

Das Ende der konservativen Revolution

Der Börseneinbruch war vorhersehbar

Von Michael Müller MdB

Weil es den Konservativen schon im vergangenen Wahlkampf nicht um Wahrheit und Klarheit ging, sondern um Schönfärberei und Vertuschung, wurden die ernstesten Probleme der weltwirtschaftlichen Entwicklung verharmlost und heruntergespielt. An dieser unseriösen Linie halten die Repräsentanten der konservativen Revolution diesseits und jenseits des Atlantiks auch jetzt noch fest, während die Kurszusammenbrüche an den internationalen Börsen erneut unübersehbare Warnsignale geben. Das von den Protagonisten einer neokonservativen Angebotspolitik mediengerecht inszenierte Beruhigungstheater überzeugt immer weniger, wenn die tatsächlichen ökonomischen Daten in einer Reihe von Aspekten in fataler Weise Parallelen zu der wirtschaftlichen Entwicklung Ende der 20er Jahre aufweisen:

- o Die eigentliche Gefahr kommt von der unmittelbar bevorstehenden Rezession in den USA, die eine Finanzkrise von außerordentlicher Dimension nach sich ziehen wird/kann. Die staatliche Versicherung jeder Bankelnlage in den USA darf nicht übersehen lassen, daß zehn Prozent der Banken und 43 Prozent der Sparinstitute ungesund operieren und ein enormer Teil der Finanzaktivitäten außerhalb des staatlich gesicherten Bankensystems vor sich geht. Das mit einer Wirtschaftskrise schwindende Vertrauen in die Stärke der US-Wirtschaft kann die privaten Spekulanten und die Wertpapiermärkte in noch größerem Umfang insolvent und aktionsunfähig machen und damit Kapital und Vermögen entwerten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortungsvoll
für den Inhalt
verantwortlich
Rudolf Schwinn



- o Die USA brauchen zur Bedienung ihres riesigen Defizits weiterhin gewaltige Kreditmengen. Heute zeigt sich, daß der Aufschwung des „Reagonomics“ in erster Linie auf spekulativen Prozessen beruhte, aber nicht zur realwirtschaftlichen Reichtumsproduktion führte. Hohe Militärausgaben für wahnwitzige Rüstungsprogramme und zügellose Entstaatlichungen sind eben kein Rezept zur Gesundung einer hochentwickelten Volkswirtschaft.
- o Der sinkende Dollarkurs kann zwar das Handelsbilanzdefizit der USA verringern, aber das Leistungsbilanzdefizit kann wegen der Expansion des Schuldendienstes noch weiter wachsen. Vor allem aber kann der sinkende Dollar den Investitions- und Produktivitätsrückstand im zivilen Sektor nicht ausgleichen.
- o Nicht zuletzt schwelt die internationale Verschuldenskrise weiter, die Gefahr handelsbeschränkender Gefahren nimmt zu.

Trotz dieser Zusammenhänge ist eine neue weltwirtschaftliche Depression nicht zwangsläufig. Und die SPD will weder Cassandra spielen noch Katastrophen an die Wand malen, aber die Bundesrepublik muß endlich wirtschaftspolitische Konsequenzen ziehen und ihre ökonomische und politische Stärke dafür einsetzen, daß sich der Rezessions-Sog nicht entfaltet:

1. Mit einer europäischen Währungs- und Konjunkturkonferenz, an der die wichtigsten Handelspartner beteiligt werden sollen;
2. mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und Investitionspolitik zur Stützung des Binnenmarktes, wozu zahlreiche SPD-Vorschläge auf dem Tisch liegen;
3. mit einer internationalen Schuldenkonferenz, mit der die Entschuldung der Länder der Dritten Welt, die Wiederherstellung ihrer nationalen Entwicklungsfähigkeit und die Kapitalverluste politisch geregelt werden sollen.

Der legendäre Börsenkrach von 1929 darf und braucht sich nicht wiederholen, dies erfordert aber eine andere Politik und andere Politiker.

(-/27.10.1987/rs/ks)

* * *



Nobelpreis ohne Elitförderung

Ausgezeichnete Wissenschaftler studierten, als Sozialdemokraten die Bildungspolitik bestimmten

Von Doris Odendahl MdB

Stellvertretende Obfrau der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Allzuoft wird Erfolg an Medaillen und Preisen gemessen, im Sport und anderswo. Das ist selbstverständlich und gut so, denn Medaillen und Preise drücken die öffentliche Anerkennung für eine außerordentliche Leistung aus.

Somit freuen wir uns herzlich darüber, daß wiederum ein deutscher Wissenschaftler, Georg Bednorz, zu den diesjährigen Nobelpreisträgern gehört. Allzuoft wurde seit der Wende von Parteien der Regierungskoalition darüber gejammert, daß die Förderung unserer Eliten während der Regierungsverantwortung von Sozialdemokraten sträflich vernachlässigt worden sei. Elitförderung statt Chancengleichheit hieß deshalb die Wendeparole.

Und nun das: Da erhalten deutsche Wissenschaftler wie Georg Bednorz (Jahrgang 1950), Klaus von Klitzing (Jahrgang 1943) und Gerd Binnig (Jahrgang 1947) den Nobelpreis! Einfach so - ohne Elitförderung. Diese Nobelpreisträger von 1985, 1986 und 1987 haben alle eines gemeinsam: ihre entscheidenden Universitätsjahre fallen in die Zeit, in der sozialdemokratische Minister für die Bildung in der Bundesrepublik verantwortlich waren.

Sie haben ihre Grundlagen für ihre heutigen Erfolge gelegt, als die Schaffung von Chancengleichheit und sozialem Konsens an den Schulen und Hochschulen im Vordergrund standen, ganz ohne die heute von Genscher über Kohl bis Möllemann propagierte „Elitförderung“.

Wenn im Sport die Sieger auf dem Treppchen stehen, werden gleichzeitig die Trainer mitgefeiert. Ein Lob also deshalb den sozialdemokratischen Trainern, den Bildungsministern der sozialliberalen Koalition, nämlich Klaus von Dohnanyi, Helmut Rohde, Jürgen Schmude und Björn Engholm!

(-/27.10.1987/rs/ks)



Ein Leben im Kampf gegen die Apartheid

Zum 70. Geburtstag von Oliver T. Tambo

Von Hans-Günther Toetmeyer MdB

Der Präsident der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, Oliver T. Tambo, wird heute 70 Jahre alt. Anlaß genug, auf seinen prägenden Einfluß im ANC hinzuweisen.

Oliver Tambo gehörte mit Nelson Mandela 1943 zu den Gründern der Jugendliga des ANC und wurde bereits 1949 in das Nationale Exekutiv - Komitee des ANC gewählt. Mit 35 Jahren eröffnete er zusammen mit Nelson Mandela eine Anwaltskanzlei, die sich vor allem bei der Verteidigung von mehr als 100 Angeklagten des Hochverratsprozesses von 1956 bis 1961 einen Namen machte. Damals mußten alle Angeklagten freigesprochen werden. Noch während des Prozesses mußte Oliver Tambo seine südafrikanische Heimat verlassen, um nicht als stellvertretender ANC-Präsident von der südafrikanischen Polizei verhaftet zu werden.

Seit 20 Jahren führt er den ANC mit dem Ziel, das weiße Apartheid-Regime abzuschaffen.

Erst die brutalen Unterdrückungsmechanismen der weißen Minderheit hat den ANC in den Untergrund getrieben und ihn militant gemacht. Oliver Tambo versucht, mäßigend auf die jüngeren ANC-Mitglieder einzuwirken, die das Regime mit Gewalt stürzen wollen.

Die SPD unterstützt den Willen des ANC und anderer südafrikanischer Gruppen, auf demokratischem Weg eine Änderung der Machtverhältnisse in Südafrika herbeizuführen. Sie hat deshalb in ihrem im September 1987 vorgelegten Antrag „Entwicklungspolitik in Afrika“ ausdrücklich die Bundesregierung aufgefordert, die Mittel für das Sonderprogramm „Südliches Afrika“ weiter aufzustocken. Besonders das Stipendien-Programm und das Programm zur Verbesserung des Erziehungswesens für die nicht-weiße Bevölkerung sowie die Widerstandsbewegungen gegen die Apartheid im südlichen Afrika sollen nachhaltig unterstützt werden.

Um eine Änderung der Apartheid-Politik auf friedlichem Weg herbeizuführen, fordert die SPD in ihrem Antrag „Südafrika“ nach wie vor durchgreifende Sanktionen auch von der Bundesregierung gegen Südafrika, zumindest im Ausmaß entsprechend der Beschlüsse des Kongresses der Vereinigten Staaten.

(-/27.10.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION
=====

Hans Schwier: Die große Idee Olof Palmes lebendig halten

Erstmals in der Bundesrepublik wurde jetzt eine Schule nach dem am 28. Februar 1986 ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme benannt: Die Olof-Palme-Gesamtschule in Hiddenhausen (Kreis Herford). Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede, die der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier am 24. Oktober in Anwesenheit des schwedischen Botschafters, Lennart Eckerberg, aus diesem Anlaß gehalten hat.

Als erste Schule im Lande soll die Gesamtschule in Hiddenhausen den Namen Olof Palmes tragen. Ich beglückwünsche diejenigen, die diese Entscheidung getroffen haben. Es ist eine überzeugende Entscheidung, und es ist eine mutige Entscheidung. Olof Palme ist kein bequamer Namenspatron. Sein Name steht einem weit verbreiteten Harmoniebedürfnis entgegen, das Gegensätze am liebsten zudecken oder verschweigen möchte.

Das Streben nach Ausgewogenheit war seine Sache nie. Olof Palme war parteiisch im besten Sinne des Wortes. Parteiisch für jene, die auf dieser Welt keine mächtigen Interessengruppen bilden und damit nur allzugern übersehen werden.

Eine Schule, die sich seinem Beispiel verpflichtet, setzt ein Zeichen, das über den Ort hinauswirkt. Olof Palme - das ist für Schüler, Eltern und Lehrer ein unerreichbares Ideal. Dies ist aber kein Grund, sich mit der Namensgebung zufrieden zu geben - nur um vielleicht modisch zu sein. Ich bin sicher, daß Sie so nicht handeln. Die Unerreichbarkeit eines Ideals ist kein Grund, darauf zu verzichten. Denn Kinder und Jugendliche brauchen Ideale: Nicht, um so zu werden wie Olof Palme, sondern um Orientierungspunkte für Wertentscheidungen zu haben.

Schulnamen sind immer auch Spiegel der politischen Wetterlage. Sie sind nicht - wie viele meinen - zeitlos gültig und über die aktuelle Politik erhaben. Schulnamen sind Ausdruck von Haltungen und Gesinnungen. Sie sind nicht nur gegenwartsbezogen oder in die Zukunft gerichtet; sie spiegeln auch Art und Richtung der Auseinandersetzung mit unserem historischen und politischen Erbe.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging man zunächst daran, Namensbezüge zu den Größen des Naziregimes und zum Fürstenhaus der Hohenzollern zu beseitigen.

Dabei wurde freilich übersehen, daß im Verständnis des damaligen Bildungsbürgertums oder auch der Lehrerschaft viele überlieferte Namen der deutschen Dichter- und Denker-Tradition den von den Nazis gewünschten Geist von Größe und Autorität symbolisieren.

Immerhin empfanden dies schon die Sensiblen in der Nachkriegsgeneration als Problem. Bei ihnen hielten sich auch Zweifel wach, ob ein humanistischer Bildungsimpuls zur Neuorientierung ausreichen würde.

Doch schon bald siegte ein sehr einfacher Gedanke. Es hieß: Was können Humboldt und Goethe dafür, daß ihre Ideen und Verse im Dienste des Nationalsozialismus mißbraucht wurden? - Und so suchte man sich zu reinigen, indem man solche Namen bewußt beiließ!

Heute wissen wir: Neue Namen zu vermeiden und sich statt dessen einem angeblich läuternden Geist des Alten zu überantworten, dies paßte in die politische Landschaft der fünfziger Jahre und war Ausdruck der um sich greifenden Verdrängung.

Und dennoch erscheint diese Spielart von Entnazifizierung im nachhinein als geradezu reformato-
risch, wenn man sie an anderen Erscheinungen des öffentlichen Lebens mißt: So sah sich noch dreißig

Jahre nach dem Krieg der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann dazu herausgefordert, die Bundeswehr zu tadeln, weil sie für die Namen von Kasernen und Kriegsschiffen weiterhin auf belastete Namen wie Hindenburg, Rommel und Tirpitz zurückgriff.

Doch zurück zu den Schulen: man tat sich in der Bundesrepublik schwer, ein demokratisches Erbe aufzuarbeiten. Willkommene Entlastung versprechen einige Angebote der deutschen Geschichte: zum Beispiel die Namen des Freiherrn vom Stein oder der Geschwister Scholl.

Aber so häufig man auch diese Namen bei Schulgründungen in Anspruch nahm, so wenig konnte verborgen bleiben: In dem einen Fall bevorzugte man eine gewisse historische Sicherheitsentfernung vor dem zeitgeschichtlichen Wagnis. In dem anderen Fall schob sich die moralische Anerkennung eines brutal bestraften Protests vor die Chance, herausfordernde Entwürfe des politischen Widerstands zu würdigen.

Kritischer Bewertung setzten sich dagegen Schulträger aus, wenn sie vereinzelt Schulen den Namen pädagogischer Neuerer wie zum Beispiel Maria Montessoris verpflichteten. Diese Widmungen stehen für einen besonderen Respekt vor der sich entfaltenden Individualität der Schülerinnen und Schüler.

Es freut mich im übrigen, daß mit diesen Namen heute nicht nur Vorstellungen von Entfaltungsfreiheit, sondern auch von qualifizierter Leistung in Verbindung gebracht werden - ein Nimbus, den die Traditionalisten so gern für sich vereinnahmen wollen.

In den siebziger Jahren beobachtet man einen eigentümlichen Stillstand bei den Namensgebungen. Heute vielfach beklagt, setzte sich damals die Auffassung durch, Schulen und Hochschulen sollten lediglich nach Anliegerstraßen und Standorten benannt werden.

Hinter dieser unpolitisch anmutenden Handhabung standen durchaus politische Überlegungen, besser gesagt: allzu übertriebene Befürchtungen.

Der weitgehende Verzicht auf Symbolik und Tradition sollte vermeintliche ideologische Intentionen austrocknen, die sich in engagierter Namensgebung hätten abzeichnen können.

Das Ergebnis war einseitig: Die alten Namen blieben; sie waren eingebürgert. Neue Namen jedoch kamen nicht zur Geltung.

Immerhin sind in der Bundesrepublik durch jene Argumentation für eine geraume Zeit Namensgebungen durch Heinrich Heine und Carl von Ossietzky wirksam behindert worden. Es bedurfte vielleicht erst einer größeren Vielfalt der Lebensformen und des allgemein wachsenden friedenspolitischen Bewußtseins, daß sich unser Horizont auch für diese Namen öffnete.

Olof Palme war in seinen Prägungen und Überzeugungen ein Mann der westlichen Wertgemeinschaft. Aber er verfiel nicht den Frontstellungen des Kalten Krieges. Er sah den Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan mit den gleichen Augen wie das amerikanische Massaker in My Lai in Südvietnam.

Olof Palme war ein Leitbild für das Verhalten an der Nahtstelle zwischen den Weltssystemen. Das macht ihn für uns Deutsche interessant....

Helfen Sie in dieser Schule mit, daß das große Erbe Olof Palmes erhalten bleibt: Ursprung seines Denkens und Wirkens war die Idee von der Gleichheit freier Menschen. Mögen Sie, die Sie diese Schule tragen und gestalten, den Mut, die Kraft und das Geschick haben, diese große Idee Olof Palmes in Ihrer Schule lebendig zu halten.

(-/27.10.1987/rs/ks)

